

P/XVII/236

Bonn, den 23. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die Stunde schlägt!</u> Noch eine Regierung auf Abruf? Von G. Markscheffel	68
3 - 3a	<u>"Wir sind abgeschrieben"</u> Hintergründiges der SED-Westberlin Von Eberhard Zachmann, Berlin	46
3a	<u>Weit getracht</u> Franz Josef Strauss und die Wahlen in Bayern	30
4 - 5	<u>Kennedy und Adenauer</u> Komödie der Irrungen mit glücklichem Ausgang Von unserem Korrespondenten in den USA	68
5 - 6	<u>Vor Neuwahlen in Griechenland?</u> Das innerpolitische Dilemma Von Dr. E. Mathiopoulos	70

Chefredakteur: Günter Markscheffel

Die Stunde schlägt

Noch eine Regierung auf Abruf ?

Von G. Markscheffel

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat in Berlin so getan, als sei in der Bundesrepublik überhaupt nichts geschehen. In 74 Tagen will er, so wurde verkündet, ein "verjüngtes Kabinett" dem dann aus Asien zurückkehrenden Bundespräsidenten vorstellen. Die Überlegung, daß unser Volk beunruhigt ist, daß es sich auflehnt gegen Unanständigkeiten, Rechtsbrüche und undurchsichtige Manipulationen mit der Macht, scheint den beinahe 67jährigen Kanzler überhaupt nicht zu interessieren. Was die Tübinger und Bonner Professoren gesagt haben, was jetzt die Staatsrechtler in Hamburg öffentlich erklärten, ist für Adenauer und seine engeren Freunde in den Wind gesprochen. Man redet nicht darüber und nimmt es wahr, scheinlich nur hinter vorgehaltener Hand zur Kenntnis.

- \* Das ist - leider! - die Fortsetzung genau jenes Stils einer
- \* Regierungspolitik, von der die Professoren sagen, daß er die
- \* Glaubwürdigkeit unseres politischen Gemeinwesens in Frage stellt.

Es soll also offenbar wieder zugedeckt werden, was nicht mehr zu verdecken ist. Mit der Ankündigung einer Verjüngung des Kabinetts, an dessen Spitze der unseres Wissens älteste Regierungschef der Welt bleiben würde, versucht Dr. Adenauer jetzt, die Diadochenkämpfe in seiner eigenen Partei und in der FDP anzufachen, in der Hoffnung, auf diese Weise die Ellenbogen ehrgeiziger Minister-Aspiranten für seine Zwecke einsetzen zu können.

Die Probleme jedoch, die zu der gegenwärtigen Krise der Koalitionsregierung geführt haben, bleiben. Sie werden nicht durch das Auswechseln von Ministern gelöst werden können.

- \* Noch schlimmer! Die angeblich neue Regierung wird eine Regierung auf Zeit, eine Regierung auf Abruf und Abbruch sein. Sie
- \* wird, wie die bisherige Koalitionsregierung, nicht funktionieren können, weil der bisherige und voraussichtlich auch
- \* zukünftige "Koalitionspartner", die FDP, jetzt schon ankündigt,
- \* im Jahre 1963 komme der nächste Schub; der versprochene Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Adenauer.

Dr. Mende, Vorsitzender der FDP, hat bei diesbezüglichen Ankündigungen auf das sogenannte Koalitionsabkommen aus dem Jahre 1961 verwiesen. Andererseits hat jedoch der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende

Herr Dufhues, gestern abend in Berlin erklärt, die einseitige Aufkündigung der Koalitionsvereinbarungen durch die FDP - der Austritt ihrer Minister aus der Regierung = mache auch andere Koalitionsvereinbarungen hinfällig.

Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeuten diese Erklärungen des Herrn Dufhues, daß der Bundeskanzler bleiben will, so lange es ihn gutdünkt. Spekuliert man in der CDU für diesen Fall auf eine neue Spaltung der FDP, deren einer Teil dann - wie schon einmal im Jahre 1956 - den Kanzler und mit ihm eine CDU/CSU-Regierung halten würde?

Oder stellt sich die CDU/CSU schon jetzt auf ein Minderheiten-Kabinett ein, auf eine Regierung, die mit Zufallsmehrheiten über die Runden zu kommen versucht?

Das wäre genau das Gegenteil dessen, was unser Volk jetzt erwartet. Seit mehreren Wochen erleben wir den Aufstand des Gewissens zum Schutz der Demokratie. Namhafte Wissenschaftler sind im Gefühl ihrer Mitverantwortung für die Rechtsstaatlichkeit unseres Gemeinwesens öffentlich mit ihrer Kritik an dem Verhalten der Regierung und des Regierungschefs hervorgetreten.

- \* Der Staatsrechtler Professor E s c h e n b u r g hat mit
- \* Recht darauf verwiesen, daß die gegenwärtige Vertrauenskrise
- \* das Ergebnis einer Kette von Skandalen und Affären ist,
- \* die über die Verleumdung der sozialdemokratischen Bundes-
- \* tagskandidaten Schroth/Scharlay als "Ostagenten" über die
- \* generelle Diffamierung der SPD, die "Affäre Kilb" und viele
- \* andere Skandale bis zur Mißachtung des Parlaments, der Ver-
- \* ächtlichmachung der Legalität und der Unwahrhaftigkeit in
- \* der Behandlung der "Spiegel-Affäre" und ihrer Randerscheinungen
- \* geht.

Die Unruhe in unserem Volk, die jetzt durch nichtssagende Erklärungen zurückgedämmt werden soll, ist ein Hinweis darauf, daß die Menschen in Deutschland mit weniger Gerissenheit, dafür aber mit umso mehr Anstand regiert werden wollen. Dies zu erkennen, wäre sogar noch eine Aufgabe für Dr. Adenauer!

Die Stunde schlägt !

"Wir sind abgeschrieben"

Von Eberhard Zachmann, Berlin

Wenn die SED in Westberlin am 24. November zu ihrer Westberliner Delegiertenkonferenz zusammentritt, dann ist für sie mit der Annahme des neuen "Parteistatuts der SED-Westberlin" eine Zäsur in der Entwicklung eingetreten. Sie deklariert sich als eine von der "Sowjetzonen-SED" unabhängige Partei, die künftig als eigenständiger politischer Faktor in Westberlin gelten will, wozu zunächst einmal die Beteiligung an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Februar 1963 gehört.

Dieser auch für die sowjetzonale SED schmerzhafteste Schnitt war notwendig geworden, damit Ulbricht seine These von der Existenz der drei deutschen Staaten, der Bundesrepublik, der "DDR" und Westberlin aufrecht erhalten könne. Er mußte die formale Trennung von der Westberliner Partei sogar im Hinblick auf die Gefahr in Kauf nehmen, daß er dadurch die Existenz der Westberliner Partei aufs Spiel setzte, weil die Legitimation der SED in den Westsektoren von Berlin bisher nur im Rahmen des Viermächte-Status sanktioniert ist. Zur Zeit wird vor den zuständigen westalliierten und deutschen Stellen in Westberlin dieser juristische Fragenkomplex überprüft.

Es hat auf der Westberliner Seite der SED-Führung verzweifelten Widerstand gegen die Lostrennung von der "Mutterpartei" in Ostberlin gegeben, weil man den psychologischen Schock unter den Westberliner Parteimitgliedern fürchtete. Die erste Reaktion in den Kreisen der Westberliner SED bestand vor allem bei den älteren Parteimitgliedern, die sich zum großen Teil aus Altkommunisten rekrutieren, in heller Empörung. Man sah sich vom ZK der SED verraten und verkauft, wobei die Anti-Ulbricht-Tendenzen neuen Auftrieb erhielten.

Für die neue "SED-Westberlin" ist heute eine ähnliche Situation vorhanden wie nach dem 13. August 1961, als durch die Schandmauer der Mehrzahl der Westberliner SED-Mitglieder der Zugang nach Ostberlin gesperrt wurde. Von den rund 6 000 SED-Mitgliedern in Westberlin haben heute nur noch etwa 85 Funktionäre die Möglichkeit, jederzeit nach dem Ostteil der Stadt zu fahren. In Zukunft soll diese Zahl noch einmal um 50 Prozent reduziert werden.

"Wir sind abgeschrieben", ... das ist das Schlagwort, das heute in der Westberliner SED unter den alten Mitgliedern kursiert. Sie

wissen freilich nichts von den Besprechungen, die zwischen Ulbricht und dem leitenden Westberliner SED-Funktionär Danelius geführt wurden. Der SED-Chef erklärte dabei frank und frei, die organisatorische Trennung von der Westberliner Partei sei auch deshalb notwendig, weil auf propagandistischem Gebiet künftig zweigleisig gefahren werden müßte. Es könne durchaus der Fall eintreten, daß die Partei in Westberlin die Forderung nach einem sofortigen Friedensvertrag und einer Lösung des Westberlin-Problems vertreten könne, während die Partei in Ostberlin aus taktischen Gründen oder aus anderweitigen Überlegungen heraus andere verfahren müsse. Ulbricht möchte sich offensichtlich eine Propagandafanfare offen halten, selbst wenn ihm durch Chruschtschow der Mund gestopft wird.

+ + +  
Weit gebracht  
-----

sp - Zwiespältige Gefühle beherrschen heute viele Überzeugte Anhänger der CDU/CSU. Natürlich wünschen sie einen Erfolg ihrer Partei bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, gleichzeitig fürchten sie aber einen möglichen Sieg eines Franz-Josef Strauss, der die Unionsparteien in ihre bisher tiefste Krise gestürzt hat und der absolut nicht begreifen will, daß seine Zeit als Minister der Bundesregierung ein für allemal zu Ende ist, soll das Ansehen der Bundesrepublik und ihrer demokratisch-freiheitlichen Institutionen nicht schmachvoll zu Grunde gehen. Strauss kämpft um seine politische Existenz, und was er sich hier im bayerischen Wahlkampf an Ausfällen und bewußten Irreführungen geleistet hat, gleicht einem wilden Amoklauf. Seine Ichbezogenheit kennt keine Grenzen, er, dessen reiches Vokabular das Wort Bescheidenheit nicht kennt, läßt alle Rücksichten fallen, und der Gedanke, daß sein Auftreten und Verhalten uns alle in Mißkredit bringt, ja das gefährdet, was in langen Jahren an Vertrauen erworben wurde, liegt außerhalb seines Begreifens. Die innere Unwahrhaftigkeit dieses Mannes und ein nicht mehr zu überbietendes Ausmaß an menschlicher Schwäche und Unzulänglichkeit trat in den letzten Wochen in erschreckendem Maße zutage. Hat ihm noch keiner von seinen Freunden gesagt, wie schwer die Moral der Bundeswehr von einem Verteidigungsminister angeschlagen und in ihrem Kern getroffen wird, der nicht anderes seine Autorität retten kann als durch blindwütiges Herumschlagen?

Auch ohne Strauss wird unser Volk seinen Willen zur Freiheit bewahren und die Verträge erfüllen, die seine Regierung unterzeichnet hat. Zum Glück für uns und unsere Freunde im Ausland sind der Verteidigungswille und die Verteidigungsbereitschaft mit dem Bundesverteidigungsminister Strauss nicht identisch - wäre dem freilich so, hätten wir Schlimmes zu befürchten. So weit hat es dieser Mann gebracht, daß sogar treueste Anhänger seiner Partei seinen Abgang in die politische Wüste wünschen.

+ + +

Kennedy und Adenauer  
-----

Von unserem Korrespondenten in den USA

Washington, Mitte November 1962

Monatelang hat man von einer Krise der amerikanisch-deutschen Beziehungen, von einer gegenseitigen Abkühlung, von einer "anti-deutschen Welle" in Amerika und von Bergen von Differenzen, die sich zwischen beiden Ländern aufgetürmt hätten, gesprochen. Wahrscheinlich war das falsch oder zumindest stark übertrieben. Heute trifft es - im Prinzip jedenfalls - nicht mehr zu. Als Präsident Kennedy den deutschen Kanzler mit warmen Worten begrüßte, als er sagte: "Ihr Platz, Herr Bundeskanzler, ist in der Geschichte gesichert", meinte er alles ehrlich, Wort für Wort. Als die amerikanischen Zeitungen Adenauer mit langen Leitartikeln begrüßten, in denen sie schrieben, daß der Gast "als Freund und Verbündeter willkommen" sei, und daß man mit Respekt und Aufmerksamkeit hören werde, was er zu sagen habe, da war auch das durchaus ehrlich gemeint, und man hat keinen Anlass, noch zwischen den Zeilen lesen zu wollen. Und dennoch gingen beide Gesprächspartner von verschiedenen Voraussetzungen aus, dennoch redeten sie eine Weile aneinander vorbei - und man kann von Glück sagen, daß es zum Schluß noch gut ausging und die anfängliche "Komödie der Irrungen" ihr "Happy end" fand.

Adenauer hatte ursprünglich nach den USA kommen wollen, um einen Gegenzug in der Berlin-Krise zu besprechen, und zwar hatte er Chruschtschows Bemerkung, er vertage die Berlinfrage bis nach den amerikanischen Wahlen, wörtlich genommen. Inzwischen aber hat sich vieles ereignet. Chruschtschow dürfte in absehbarer Zeit nicht mündlich mit Kennedy verhandeln, die Berlin-Krise hat etwas von ihrer brennenden Dringlichkeit und potentiellen Gefahr verloren; der Adenauer-Besuch fiel mitten in das dramatisch-zähe Tauziehen um eine solide Lösung der Kuba-Krise. Natürlich weiß man, daß zwischen dem amerikanischen Erfolg in Kuba und der Moskauer Behandlung der Berlinfrage ein Kausalzusammenhang besteht. Im Augenblick sass jedoch den Amerikanern das Hemd näher als der Rock und Castro näher als Ulbricht.

Taktvoller Kennedy  
-----

Hinzu kamen die etwas unvorsichtigen Bemerkungen des Kanzlers zu amerikanischen Journalisten vor seinem Abflug, die sich anhörten, oder hier wenigstens so gedeutet wurden, als wolle er, Adenauer, dem amerikanischen Präsidenten Anweisungen erteilen, wie er mit Chruschtschow umzugehen und wie er die kubanische Frage zu behandeln habe. Das nahm ihm die amerikanische Presse zutiefst übel, auch wenn Kennedy taktvoll und großzügig vorzog, diesen Bonner Fehltritt schweigend zu übergehen. Kennedy und seine Mitarbeiter wußten, daß in Augenblick der Kanzler die Begegnung im Weissen Haus aus Prestige- und innenpolitischen Gründen dringend brauchte. Es waren keineswegs nur verbohrt-Deutschenhasser in Amerika, die letzthin immer wieder von der "geschwächten Position" des Kanzlers in der deutschen politischen Arena sprachen; und schließlich sind auch die "Spiegel"-Affäre und das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen in Amerika keineswegs unbeachtet geblieben.

So kam die "Komödie der Irrungen" zustande: Der Kanzler sprach vom Hartbleiben in Berlin, von der Notwendigkeit, auch weiterhin mit Chruschtschow Fraktur zu reden und vom deutschen Vertrauen in die Führungsrolle Amerikas in der freien Welt - Präsident Kennedy sprach von der Notwendigkeit, England in die EWG aufzunehmen und diese dann in die von ihm erträumte "Atlantische Partnerschaft" umzuwandeln und zu erweitern, er sprach von der Notwendigkeit, die Bundeswehr zu verstärken und von angemessenen Revisionen der bisherigen "Notstandsplanung" der NATO, die der Bundeswehr eine verstärkte Aufgabe zuweisen müßten. Wäre die Atmosphäre am Konferenztisch wirklich so "kühl" gewesen, wie einige Zeitungen behaupteten, wäre die westliche Allianz und mit ihr das amerikanisch-deutsche Verhältnis wirklich so schwankend und brüchig, wie einige Pessimisten sagen, dann hätte dieses dritte Kennedy-Adenauer Gespräch sehr, sehr schief gehen können.

Aber wie gesagt, es kam zu einem "Happy end". Adenauer hat sich - wenn auch wider Willen - zu etwas mehr Elastizität durchgerungen, das Interesse des Präsidenten an Berlin ist nach wie vor echt und tief und die Assistenz der beiden Außenminister Rusk und Schroeder erwies sich als durchaus nützlich und günstig. Schließlich fehlte es auf beiden Seiten nicht am guten Willen. Es wurde eine riesige Tagesordnung durchgearbeitet, das ganze Bukett internationaler Probleme kam zur Sprache und man stellte letztlich ein erfreulich großes Maß an Übereinstimmung fest.

+ + +

#### Vor Neuwahlen in Griechenland ?

Von Dr. B. Mathiopoulos

Mehr als ein Jahr ist seit den letzten Parlamentswahlen in Griechenland vergangen. Die Art der Durchführung dieser Wahl führte dazu, daß sich das Land seitdem in einer ständigen inneren Krise befindet. Zum ersten Mal seit Kriegsende wird sich die Öffentlichkeit bewußt, daß sich das Land immer noch vor ungelösten Problemen befindet.

Die demokratische Opposition, die 35 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, erklärte am Tag nach der Wahl, das Ergebnis sei ein "Produkt der Fälschung und der Gewalt". Die kommunistische Tarnorganisation EDA erhielt 14,5 Prozent und errang nur 24 Mandate. Die Opposition, die die demokratische Grundordnung des Staates bejaht, hat 100 von insgesamt 300 Parlamentssitzen inne. 15 Abgeordnete von diesen 100 gehören allerdings der progressiven Partei an, die nur für die Wahlen mit der Zentrumsunion koalierte, sonst aber ihre eigene Politik verfolgt.

Die demokratische Opposition bezeichnete die Regierung Karamanlis, die am 4. November 1961 gebildet wurde, als illegal, da sie den wahren Willen der griechischen Wähler nicht repräsentiere. Diese schwerwiegende Anklage wird dadurch untermauert, daß sich staatliche Stellen offen in den Wahlkampf eingemischt und dem Wähler die Regierungspartei aufgezungen haben. So hat sich zum Beispiel das Militär, das in eigenen Lokalen zur Urne gehen mußte, zu 95 Prozent für die Regierungspartei erklärt. Dazu Papandreou, der Leiter der Zentrumsunion: "Diese Art der Abstimmung erinnert an Wahlen hinter dem Eisernen Vorhang". Die Gerichte verurteilten in 120 Fällen offizielle Regierungsstellen, gegen die Straf-

anzeige wegen unerlaubter Beeinflussung der Wahlen durch die Opposition erstattet worden war. In Nordgriechenland war ein lokales Wahlergebnis für nichtig erklärt worden. - drei Monate nach der allgemeinen Wahl fand deshalb eine Nachwahl statt - "erstaunlicherweise" brachte sie dem Kandidaten der Opposition 57 Prozent der abgegebenen Stimmen.

#### Verfassung wurde mißachtet

Die Abgeordneten der Opposition haben ihren Abgeordneteneid unter Vorbehalt geschworen: Die Verfassung sei verletzt durch die Art der Wahldurchführung, die dadurch verletzten Institutionen könne man nicht vorbehaltlos anerkennen.

In jedem Dorf und in jeder kleinen Stadt findet man neben Militär und Gendarmerie eine Art Bürgermiliz. Im Jahre 1948 hatten sich diese kleinen bewaffneten Gruppen in Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg gebildet. Heute dienen sie dazu, die Regierungspartei bei der Kontrolle der politischen Aktivität der Bevölkerung zu unterstützen. Oppositionelle Zeitungen werden zwar gedruckt, dürfen aber nicht vertrieben werden. Der mutige Bürger, der sich dennoch eine dieser Zeitungen verschafft, wird sogleich als verdächtig notiert. Ein Bauer, der sich gegen die Regierungspartei stellt, kann nicht erwarten, an den für ihn vorgesehenen staatlichen Beihilfen teilhaben zu dürfen. Für jeden Beruf - nicht nur für die Staatsämter oder die militärische Karriere - benötigt man eine Bescheinigung der Polizei über politische und soziale Zuverlässigkeit. Zehn Jahre der Regierung der äußersten Rechten haben also ein Überwachungssystem gebracht, das der Scheindemokratie die Weiterexistenz durch Manipulation auch künftiger Wahlen ermöglicht. Die oppositionelle Presse und die Justiz, die nur unter Schwierigkeiten ihre Unabhängigkeit bewahren können, repräsentieren heute das "andere Griechenland".

#### USA stoppten Wirtschaftshilfe

Die Regierung Karamanlis konnte sich im vergangenen Jahr jedoch nicht so entwickeln, wie es geplant war. Einmal hatte sie sich ununterbrochen gegen die eindeutige Anklage der Opposition zu wehren, zum anderen setzte sich die westliche Presse mit ihrem Verhalten kritisch auseinander. Schließlich stoppten die USA ab 1. Juli dieses Jahres ihre Wirtschaftshilfe für Griechenland. Die Regierung mußte mit ansehen, wie der persönliche Abgesandte Kennedys Chester Bowles, der Südosteuropa und den Nahen Osten bereist hatte, in Washington erklärte, die amerikanische Wirtschaftshilfe werde in Griechenland nicht produktiv verwendet. Zu allem diesem kommt noch, daß die wirtschaftliche Lage des Landes im Augenblick der Assoziation mit der EWG keineswegs als günstig zu bezeichnen ist. Die Zahl der Unterbeschäftigten, der Arbeitslosen und Auswanderer schwillt ständig an.

Alle diese Umstände drängen auf eine Lösung zu. Das Volk ist aus seiner Lethargie erwacht. Der Wunsch nach einem normalen demokratischen Leben wird immer stärker. Die Verantwortlichen werden sich daher gezwungen sehen - so betont man in politischen Kreisen Athens - mittels freier Wahlen die innenpolitische Krise des Landes zu beenden. Erst nach Lösung der inneren Probleme ist der Weg frei für die Entwicklung des Landes zu einem Faktor des Gleichgewichts und der Stabilität innerhalb der westlichen Gemeinschaft.